

Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Vertiefte Zusammenarbeit mit den Partnern des Indo-Pazifiks zur Lösung globaler Herausforderungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Indo-Pazifik ist die bevölkerungsreichste Region der Welt und ist wirtschafts-, sicherheits- und klimapolitisch sowie geostrategisch für Deutschland als global ausgerichtete Volkswirtschaft von herausragender Bedeutung. Mit Indien, der Volksrepublik (VR) China, und Japan befinden sich hier drei der größten Volkswirtschaften der Welt neben der Europäischen Union, den USA und den ASEAN. Für die EU ist die Region das zweitgrößte Ziel von Ausfuhren und beherbergt vier ihrer zehn wichtigsten Handelspartner.

Die Gesellschaften des Indo-Pazifiks sind ebenso wie Deutschland, Europa und die transatlantischen Partner mit wachsenden geopolitischen Spannungen und einer Zunahme weltweiter Herausforderungen und Bedrohungen konfrontiert - von Pandemien über die sich zuspitzenden Auswirkungen der Klimakrise, wie dem steigenden Meeresspiegel, bis hin zu gestörten Lieferketten. Bedrohungen durch Terrorismus, Cyberaktivitäten, Waffenproliferation und grenzüberschreitend organisierte Kriminalität nehmen ebenso zu wie ausländische Einmischung in Wahlen und Desinformation. Auch im Indo-Pazifik ist ein Anstieg von Fluchtursachen zu verzeichnen. Hinzu kommt, dass die VR China ihr gewachsenes politisches, militärisches und wirtschaftliches Gewicht nutzt, um für sich eine regionale Vormachtstellung zu beanspruchen und die bestehende regelbasierte internationale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verändern. Diese gemeinsamen Herausforderungen sollten Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit der EU mit Ländern des Indo-Pazifiks sein. Der indo-pazifische Raum ist eine zentrale Zukunftsregion und schon heute Schauplatz einer wachsenden Systemkonkurrenz, in welcher die regelbasierte internationale Ordnung zunehmend unter Druck steht. Die Sicherheit Europas und des indo-pazifischen Raums sind eng miteinander verwoben. Daher liegt der Einsatz für Sicherheit und Stabilität in der Region im unmittelbaren Interesse Deutschlands und der Europäischen Union. Insbesondere in den Bereichen Stärkung des Multilateralismus, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Klimaschutz, stabile und zukunftsichere Staatsfinanzen, marktwirtschaftliche staatliche Ordnungsrahmen, Freihandel, Investitionen sowie bei der Digitalisierung werden deshalb weitere Fortschritte in der Kooperation angestrebt. Partnerschaften mit den Staaten und Gesellschaften des Indo-Pazifiks sollen gestärkt, diversifiziert und ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig,

dass Deutschlands sein verstärktes diplomatisches, wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Engagement im Indo-Pazifik verstetigt sowie die gemeinsamen Bemühungen zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung intensiviert.

Das deutsche Engagement in der Region ist dabei eingebettet in die im Jahr 2023 verabschiedete erste Nationale Sicherheitsstrategie, die erste China-Strategie der Bundesregierung und die im Jahr 2022 neu indossierten Leitlinien zum Indo-Pazifik und ihren jährlichen Fortschrittsberichten, auch vor dem Hintergrund der 2021 vorgelegten EU-Strategie für die Zusammenarbeit im Indo-Pazifik.

In einer Zeit, in der unsere Werte und Interessen zunehmend unter Druck geraten, müssen die Zusammenarbeit mit Werte- und Interessenspartnern sowie ASEAN als wichtigstem Forum multilateraler Zusammenarbeit im Indo-Pazifik ausgebaut werden. Zudem gilt es, deutsche und EU-Beziehungen in der Region mit neuen und bestehenden politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und technologischen Initiativen und Formaten, aber auch in Hinblick auf den Umgang mit der VR China zu stärken. Dazu zählen die G20 ebenso wie die Regierungskonsultationen mit Japan und Indien. Ebenso gilt es, die bereits engen Beziehungen zu regionalen Wertepartnern wie Japan, der Republik Südkorea, Australien und Neuseeland weiter zu vertiefen. Auch im Umgang mit der VR China gilt es, bestehende Regierungskonsultationen stärker europäisch auszurichten. Der Deutsche Bundestag begrüßt die entsprechenden Initiativen der Bundesregierung ebenso wie die Besuche des Bundeskanzlers, der Bundesaußenministerin, des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesfinanzministers, der Bundesbildungsministerin sowie des Bundesverteidigungsministers in der Region.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem klaren Richtungswechsel in der Asien-Politik Deutschlands, auch in Hinblick auf die Zeitenwende. Dazu gehört beispielsweise die aktive Stärkung der Partnerschaft mit den ASEAN, welche durch den in Aussicht stehenden Beobachterstatus des Deutschen Bundestages bei der AIPA-Generalversammlung unterstrichen wird, wie auch mit Indien. Es gilt, die Wertepartner Deutschlands in der Region stärker dabei zu unterstützen, ihre Sicherheit, Freiheit und Demokratie gegen die beständige Bedrohung durch ein autokratisches Regime zu verteidigen. Auch die wichtige Zusammenarbeit mit Deutschlands engen Wertepartnern Australien und Neuseeland bei Sicherheitsfragen ist zu begrüßen. All dies kennzeichnet eine wichtige Intensivierung in der Asien-Politik Deutschlands und weist der Region eine angemessen hohe Priorität zu.

Der Wille zur vertieften Zusammenarbeit richtet sich an alle Länder im Indo-Pazifik, die ein Interesse an Erhalt und Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung haben. Ein besonderes Anliegen ist dabei die Freiheit der Seewege und die Einhaltung des Völkerrechts sowie der internationalen Handels- und Wirtschaftsregeln in der Region sowie die Achtung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS). Verschiedene vergangene sowie anstehende gemeinsame multinationale Übungen mit Partnern in der Region unter Beteiligung der deutschen Marine und Luftwaffe leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Auch in diesem Jahr zeigt Deutschland mit dem Indo-Pacific-Deployment 2024 je eines Marine- und Luftwaffenverbandes in der Region Präsenz, stärkt die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Partnern im Indo-Pazifik durch zahlreiche Hafenbesuche sowie der Teilnahme an bilateralen und multinationalen Übungen, und setzt sich für die Einhaltung des Völkerrechts und die Freiheit der Seewege ein. Darüber hinaus ist der Indo-Pazifik seit 2023 neue Partnerregion der Ertüchtigungsinitiative der Bundesregierung, im Rahmen derer die Bundesrepublik Deutschland Länder in der Region u.a. beim Kapazitätsaufbau der Küstenwache, im Katastrophenschutz und im Kampf gegen die organisierte Kriminalität unterstützt.

Weil der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auch die Bestimmungen aus Charta der Vereinten Nationen (VN) verletzt und globale Konsequenzen hat, haben sich eine Reihe von Staaten und Akteuren in der Region bei der Unterstützung der Ukraine solidarisch gezeigt, sich deutlich für ein Ende der Ge-

walt ausgesprochen und sich am Sanktionsregime gegenüber Russland beteiligt. Der Deutsche Bundestag begrüßt mit großer Wertschätzung und Dankbarkeit dieses Engagement seiner Partner und den Einsatz für Völkerrecht, Sicherheit und Frieden auf dem europäischen Kontinent.

Die Staaten und Gesellschaften des Indo-Pazifiks sind heterogen und haben sehr unterschiedliche politische Systeme. Die Bandbreite reicht von liberalen Demokratien mit funktionierender Rechtsstaatlichkeit bis hin zu offen autoritären, autokratischen Systemen, die mit zunehmender Aggression gegenüber ihren Nachbarn auftreten. Die deutsche Indo-Pazifik-Politik muss diese Unterschiedlichkeit berücksichtigen, wenn sie unseren Werten gerecht werden und unseren Interessen dienen soll. Gleichzeitig setzt sich Deutschland dafür ein, Dialogformate und Gesprächskanäle zu fördern, die prinzipiell alle Länder im Indo-Pazifik einschließt und den unterschiedlichen Interessen Rechnung trägt. Ziel muss es sein, zu einem friedlichen Ausgleich und der Beilegung von Konflikten auf diplomatischem Wege beizutragen. Der Deutsche Bundestag unterstreicht zugleich die Lehren aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine: Bezugsquellen nicht ausreichend zu diversifizieren und sich so von einzelnen - zudem autokratischen - Staaten abhängig zu machen, ist wirtschaftlich nicht nachhaltig und gefährdet die eigene Sicherheit sowie die der Region.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die von der Bundesregierung erstmalig verabschiedete *Nationale Sicherheitsstrategie* und den ihr zentralen Begriff der Integrierten Sicherheit. Sicherheit muss wehrhaft, resilient und nachhaltig gestaltet werden. Es geht um die Sicherheit vor Krieg, die Sicherheit von Freiheit, Demokratie und Wohlstand, schließlich geht es um die Sicherheit der Lebensgrundlagen der Menschheit. Dieses Verständnis einer Integrierten Sicherheit ist Grundlage von Deutschlands Partnerschaft mit den Ländern des Indo-Pazifiks. Es geht um die Stärkung wie auch Diversifizierung der politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und kulturellen Beziehungen mit diesen Ländern. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Ausweitung der deutschen und der EU-Kooperation mit ASEAN als zentralem multilateralem Akteur im Indo-Pazifik und begrüßt, dass die EU-Beziehungen zu ASEAN 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft auf die Ebene einer Strategischen Partnerschaft gehoben wurden.

Die VR China ist für Deutschland gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale, die Elemente des Wettbewerbs und der systemischen Rivalität haben in den vergangenen Jahren jedoch zugenommen. Die Bundesregierung hat dem mit der Verabschiedung der ersten deutschen China-Strategie Rechnung getragen. Die deutsche Chinapolitik steht dabei fest auf dem Boden der gemeinsamen Chinapolitik der EU. Der Deutsche Bundestag bekräftigt diesen Ansatz. Die VR China beansprucht im Indo-Pazifik neben der wirtschaftlichen auch immer offensiver eine regionale politische und militärische Vormachtstellung und stellt dabei völkerrechtliche Grundsätze infrage. Die massive militärische Aufrüstung der VR China – sowohl im konventionellen als auch im nuklearen Bereich – beunruhigt viele seiner Nachbarn und führt zu erhöhten Spannungen in der Region.

Die Handelsbilanz zwischen der EU und der VR China ist nicht ausgeglichen und die VR China ist heute nicht nur ein günstiger Produktionsort, sondern auch für zahlreiche deutsche und internationale Unternehmen ein wichtiger Markt. Eine realistische Politik gegenüber der VR China muss bestehende Ungleichgewichte effektiv adressieren und zu einem weltweiten *level playing field* beitragen. Doch zunehmend prägen unfairer Wettbewerb und unfaire Handelspraktiken seitens der VR China etwa beim Marktzugang ausländischer Unternehmen oder auch signifikante staatliche Subventionen der VR China die wirtschaftlichen Beziehungen. Zugleich arbeitet die VR China daran, sich unabhängiger von der EU aufzustellen. Zudem ist die VR China bereit, Wirtschaftspolitik als geopolitisches Machtinstrument einzusetzen. Der Deutsche Bundestag begrüßt in diesem Zusammenhang den *De-Risking*-Ansatz der EU sowie die Europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit und setzt sich dafür ein, diesen Ansatz gemäß der deutschen China-Strategie mit Nachdruck umzusetzen.

Um den Partnern im Indo-Pazifik attraktive und relevante Angebote zur vertieften Zusammenarbeit machen zu können, gilt es nicht zuletzt, den "Team Europe-Ansatz" zur stärkeren Koordinierung zwischen Europäischer Kommission und den Mitgliedsstaaten zu vertiefen. Die Global Gateway Initiative ist dabei das zentrale Instrument für die Diversifizierung und den effektiven Ausbau neuer strategischer Partnerschaften und Kooperationen etwa in den Bereichen Infrastruktur, Digitales, Klima und Energie wie auch zur Reduzierung von Abhängigkeiten durch faire Investitionen und die Umsetzung konkreter Projekte.

Gemeinsam mit den transatlantischen und europäischen Partnern betrachtet der Deutsche Bundestag die Spannungen im Südchinesischen Meer, den Ausbau von Militärstützpunkten durch die VR China und insbesondere die Missachtung des Urteils des Ständigen Schiedsgerichtshof (PCA) in Den Haag vom 12. Juli 2016 zu den Gebietsstreitigkeiten zwischen der Republik der Philippinen und der VR China im Südchinesischen Meer, den Territorialstreitigkeiten im Ostchinesischen Meer, Spannungen in der Straße von Taiwan sowie hybride Bedrohungen durch Cyberangriffe und Desinformationskampagnen in der Region mit Sorge. Der Deutsche Bundestag unterstreicht seine Unterstützung der deutschen Ein-China-Politik, setzt sich für Vertrauensbildung ein und richtet sich entschieden gegen jede einseitige und gewaltsame Änderung des Status quo. Jede Änderung der Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan darf nur friedlich und in gegenseitigem Einvernehmen erfolgen. Im Einklang mit der deutschen Ein-China-Politik begrüßt der Deutsche Bundestag die engen und guten Beziehungen zu Taiwan in vielen Bereichen, die sich etwa in der Schaffung der Deutsch-Taiwanesischen Dialogplattform ausdrücken, und unterstützt die sachbezogene Teilnahme Taiwans in internationalen Organisationen wie der WHO sowie die Einbeziehung der taiwanesischen Zivilgesellschaft in die Aktivitäten der VN und ihrer Sonderorganisationen.

Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung war in den vergangenen Jahren eine wachsende Verhärtung der Einparteienherrschaft der Kommunistischen Partei zu beobachten. Dies zeigt sich insbesondere auch durch die Einführung des Nationalen Sicherheitsgesetzes (2020) sowie die Ausweitung der Sicherheitsgesetzgebung unter Artikel 23 der Hongkonger Verfassung (2024) ebenso wie die anhaltenden massiven Menschenrechtsverletzungen etwa in Xinjiang und der systematischen Unterdrückung in Tibet. Auch im Verhältnis zur VR China zeigt sich, dass wirtschaftliche Beziehungen immer auch politisch sind. Gleichwohl ist die VR China ein unverzichtbarer Partner bei globalen Herausforderungen. Diese Gleichzeitigkeit im Verhältnis gilt es gemäß des Dreiklangs Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale in den Beziehungen zur VR China stets auszutarieren. Die Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen sollen in diesem Zusammenhang weiter fortgesetzt und stärker europäisch gestaltet werden.

In allen künftigen Handelsverträgen auf europäischer Ebene, auch in denen, die derzeit bereits verhandelt werden, sollen die internationalen Verträge und Abkommen sanktionsbewehrt verankert werden und sie sollen insgesamt effektiv durchgesetzt werden. Das gilt für die Handelsvorteile und -freiheiten ebenso wie für die vereinbarten Nachhaltigkeitsstandards. Hierbei gilt der Grundsatz der Reziprozität und ein Fokus auf die Ziele der Agenda 2030 der VN. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Handelsagenda der Bundesregierung. Die EU hat bereits vier bilaterale Handelsabkommen und sechs strategische Partnerschaften in der Region geschlossen, zuletzt das EU-Neuseeland Abkommen, dessen Abschluss der Deutsche Bundestag ausdrücklich begrüßt. Die Konnektivitätspartnerschaften der EU mit Japan und Indien sollen genutzt werden, um die Verknüpfung europäischer Anstrengungen mit denen asiatischer Partner zu einem Netz von *Trusted Connectivity*-Beziehungen voranzutreiben. Die Verhandlungen mit Australien gilt es weiterzuführen. Den Abschluss der Verhandlungen mit Indonesien noch bis Ende 2024 unterstützt der Bundestag ausdrücklich wie auch die Notwendigkeit der Aufnahme zügiger Verhandlungen mit weiteren Partnerländern der Region.

Diese Abkommen sind umso wichtiger seit Inkrafttreten des *Regional Comprehensive Economic Partnership*-Abkommens (RECEP) 2022 zwischen der VR China und 15 indo-pazifischen Nationen, die zusammen für etwa ein Drittel der Weltbevölkerung und des weltweiten BIP stehen. Währenddessen liegt das Investitionsabkommen (CAI) mit der VR China unter anderem aufgrund einseitiger Sanktionen der VR Chinas gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) der EU auf Eis. Mit Indien und weiteren Partnern des indo-pazifischen Raums müssen die Handelsbeziehungen zügig auf eine neue Basis gestellt werden. Viele Exportgüter einiger dieser Staaten fallen seit Januar 2023 nicht mehr unter das Allgemeine Präferenzsystem der EU (APS). Auch vor diesem Hintergrund ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Indien im Juni 2022 offiziell neu gestartet und sich einen Abschluss baldmöglichst vorgenommen hat. Außerdem ist der seit 2023 bestehende Handels- und Technologierat ein wichtiges Forum zur Vertiefung der strategischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Indien. In diesem Kontext sind auch die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen mit verschiedenen ASEAN-Staaten sowie perspektivisch das von der EU angestrebte regionale Freihandelsabkommen mit ASEAN insgesamt von herausragender Bedeutung. Der Deutsche Bundestag unterstützt dabei den Ansatz der Handelsagenda der Bundesregierung, Handelssanktionen als letztes Mittel bei schwerwiegenden Verstößen gegen zentrale *Trade and Sustainable Development* (TSD)-Verpflichtungen, insbesondere gegen die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation und gegen das Pariser Abkommen zum Klimaschutz und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt in der Fassung wie von der Kommission im TSD-Prozess vorzugeschlagen.

Es gilt, den regelbasierten Freihandel auf Grundlage von fairen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards zu stärken und auf Basis der Handelsagenda der Bundesregierung konkret für den Indo-Pazifik voranzubringen. Damit wird Wohlstand und nachhaltiges Wirtschaftswachstum garantiert. In einer globalisierten Wirtschaft kommt den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen eine besondere Bedeutung bei der Gestaltung eines fairen und freien Wettbewerbs zu. Gemeinsam mit unseren Partnern im Indo-Pazifik setzen wir uns für die Verbreitung der OECD-Leitsätze auch über die OECD-Mitgliedstaaten hinaus in der Region ein, um verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln zu stärken, wie dies bereits im Rahmen der WTO geschieht. Deutschland setzt sich für die Stärkung des Multilateralismus und für die Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation WTO ein. Dazu gehört die Erneuerung der Regeln zu marktverzerrenden Subventionen, die Aufhebung der Blockade bei dem Streitbeilegungsmechanismus und eine Ausrichtung am Pariser Klimavertrag sowie den Globalen Nachhaltigkeitszielen der VN. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Neuausrichtung der EU-Handelsstrategie und die Ausstattung künftiger EU-Handelsabkommen mit Ländern des Indo-Pazifiks mit effektiven Nachhaltigkeitsstandards unter Anwendung eines Streitbeilegungsmechanismus. Es ist von großer Bedeutung, ein regelbasiertes Handelssystem zu fördern.

Im Zuge der Reduzierung von kritischen Abhängigkeiten von einzelnen Staaten sind eine Diversifizierung der Handelsbeziehungen und Rohstoffpartnerschaften, die Widerstandsfähigkeit deutscher Wertschöpfungsketten und deren Einbettung in ein innovatives Ökosystem der Forschung und Entwicklung essenziell. Auch das Ziel, gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie ein offenes, faires und nachhaltiges Umfeld für Handel, Investitionen sowie digitale Technologien zu schaffen und Lieferketten zu diversifizieren, ist wegweisend für die Zusammenarbeit mit den indo-pazifischen Partnern. Daher sollte die Kooperation mit regionalen Partnern im Bereich Forschung, Entwicklung und Standardisierung etwa zu den Themenfeldern Wasserstoff, Batterietechnik und Microchips weiter verfolgt werden. Auch Künstliche Intelligenz, Robotertechnik, Quantentechnologie, 3D-Druck, Raumfahrt oder Erneuerbare Energien sind Bereiche, in denen alle Seiten von einer vertieften Zusammenarbeit und verstärkten Investitionen in Forschung und Entwicklung profitieren können. Die Umsetzung und Modernisierung bestehender Handels- und Investitionsabkommen, der Abschluss laufender Handelsvertragsverhandlungen und

der Beginn neuer Verhandlungen, der Ausbau der Zusammenarbeit in strategischen Sektoren und die verstärkte Kooperation bei Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung bleiben daher der Fokus der wertebasierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit den indo-pazifischen Partnern.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die bestehenden bilateralen Digitaldialoge mit Japan, Republik Korea, Indonesien, Indien und Singapur der Bundesrepublik zur Entwicklung und Vertiefung von digitalen Partnerschaften, und den Abschluss rechtssicherer Angemessenheitsbeschlüsse für vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse unter Wahrung europäischer Datenschutzstandards und der EU-Grundrechte mit Partnern des Indo-Pazifiks. Zur Abwehr von Gefahren für Freiheitsräume in der digitalen Welt setzt sich Deutschland für ein systematisches, koordiniertes und evidenzbasiertes Vorgehen mit Partnern des Indo-Pazifiks und gemeinsam in internationalen Gremien ein.

Ein enger akademischer Austausch mit Partnern der Region ist ebenfalls im gegenseitigen Interesse. Um die Gesellschaften des Indo-Pazifiks über Kultur, Bildung und Forschung mit der deutschen und europäischen Bevölkerung zusammenzubringen sowie langfristige Partnerschaften und Verständigung auf- und auszubauen, sind der Austausch und die Zusammenarbeit in diesen Bereichen ebenso von zentraler Bedeutung wie Kooperationen bei der Ausbildung von Fach- und Führungskräften. Ebenso wichtig ist die Unterstützung leistungsfähiger und weltoffener Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland, wie es zum Beispiel schon durch Projekte des BMBF und der deutschen Wissenschaftslandschaft geschieht. So bestehen bereits heute über 5.000 Kooperationen zwischen deutschen und indo-pazifischen Hochschulen. Die Mittlerorganisationen Deutscher Akademischer Austauschdienst und Alexander von Humboldt-Stiftung leisten dazu einen unverzichtbaren Beitrag. Auch mit Blick auf die Fachkräftesicherung sind Kooperation und nachhaltiger Austausch zentral. Das deutsch-indische Migrations- und Mobilitätsabkommen stellt als erstes Abkommen dieser Art, das Deutschland mit einem Partnerland geschlossen hat, einen wichtigen Schritt dar, um nachhaltig und unter fairen Bedingungen für beide Seiten Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Deutschland ist für die Staaten des Indo-Pazifiks ein attraktives Partnerland bei der Gewinnung von Fachkräften. Der Deutsche Bundestag hat seit 2021 das „Internationale Parlamentsstipendium“ für junge Menschen aus Malaysia, Neuseeland und Indonesien ausgeweitet, diesen Austausch gilt es für die Region fortzusetzen und zu intensivieren.

Wie in vielen anderen Teilen der Welt, wird auch im indo-pazifischen Raum die Universalität, Unteilbarkeit, Unveräußerlichkeit und Interdependenz der Menschenrechte von autoritären Regierungen zunehmend systematisch untergraben. Neben der oben genannten Menschenrechtslage in der VR China im Hinblick auf ethnische und religiöse Minderheiten wie die Uigurinnen und Uiguren sowie Tibeterinnen und Tibeter gibt auch die Menschenrechtslage in Myanmar, insbesondere seit der erneuten Machtübernahme der Militärs, Anlass zu größter Sorge und deutlicher Kritik. Angehörige der Zivilgesellschaft und der Minderheit der Rohingya werden fortwährend Opfer gravierender Menschenrechtsverletzungen. Eine unabhängige vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzte Expertenkommission empfahl in diesem Zusammenhang in ihrem Bericht 2018 die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die anhaltenden systematischen und schwersten Menschenrechtsverletzungen durch das nordkoreanische Regime, konstituieren laut VN Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In einigen Ländern der Region sind Menschen weitreichender systematischer Diskriminierung, struktureller wie physischer Gewalt und anderen Formen der Verfolgung ausgesetzt. Die völkerrechtlich ausdrücklich verbotene Todesstrafe, die mit anerkannten Menschenrechtsstandards nicht vereinbar ist, ist in vielen der Staaten nach wie vor gesetzlich legitimierte Höchststrafe. Der Deutsche Bundestag sieht mit Besorgnis, dass auch in anderen Ländern der Region politische und bürgerliche Freiheiten unter Druck stehen und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte missachtet werden. Auch in manchen demokratischen Staaten wie Indien und Sri Lanka wird der Raum für die kritische Zivilgesellschaft zunehmend beschnitten und

gegen religiöse und ethnische Minderheiten mobilisiert. Auch Polizeigewalt gegen Aktivisten und Aktivistinnen, Journalistinnen und Journalisten sowie Oppositionelle wird eingesetzt. Dokumentierten Fällen von Zwangsarbeit etwa im Bereich der Fischereiindustrie und der Baumwollproduktion begegnet der Deutsche Bundestag mit deutlicher Kritik.

Der konsequente und nachhaltige Einsatz für Menschenrechte und Demokratie ist Grundpfeiler des deutschen und europäischen Engagements in der indo-pazifischen Region. Der ständige Austausch mit Regierungen und der Zivilgesellschaft ist dabei ebenso wichtig wie öffentliche Kritik an schweren Menschenrechtsverletzungen und der Einsatz von individuellen Sanktionen, um die verantwortlichen Personen und Organisationen zur Rechenschaft zu ziehen. Vor diesem Hintergrund finden Menschenrechtsfragen Berücksichtigung in allen Politikbereichen der deutschen und europäischen Indo-Pazifik-Strategien. Im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Kultur und engagierten Persönlichkeiten fördert Deutschland eine lebendige Zivilgesellschaft im Indo-Pazifik.

Die Klimakrise, die zunehmende Zerstörung der Umwelt und das Steigen des Meeresspiegels sind eine existenzielle Bedrohung für die Länder des Indo-Pazifiks, insbesondere für die Inselstaaten. 13 der 30 Länder, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, befinden sich in der Region. Nach dem Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung gilt es, diese Herausforderungen zu adressieren. Gleichzeitig stellt die illegale sowie die nicht nachhaltige Fischerei (Überfischung) eine ernste Bedrohung für die Meeresökosysteme, die biologische Vielfalt der Meere sowie die Lebensgrundlagen und Ernährungssicherheit der Küstengemeinschaften dar.

Um weltweite Treibhausgasemissionen einzudämmen und dem Verlust der biologischen Vielfalt, der Verschmutzung der Weltmeere sowie anderen Formen der Umweltzerstörung entgegenzuwirken, ist die Zusammenarbeit mit den Ländern der Region unerlässlich. Hierfür gibt es gute Ansätze und in einigen Ländern teils beachtliche Anstrengungen zur Dekarbonisierung. Die VR China ist einerseits größter Emittent von Treibhausgasen, zugleich globaler Spitzenreiter bei Investitionen in Erneuerbare Energien. In Indien ist die Photovoltaik so wettbewerbsfähig, dass private Investitionen in Kohlekraftwerke sich nicht rentieren. Indien hat sich zudem für 2030 ehrgeizige Ausbauziele für Erneuerbare Energien gesetzt; grüner Wasserstoff soll 2025 die Marktparität erreicht haben.

Um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, ist es essenziell, dass alle Staaten ihre nationalen Klimaziele effektiv voranbringen und im Sinne zusätzlicher Ambitionen international kooperieren. Viele der größten Volkswirtschaften der Region sind hierzu bereits ehrgeizige Verpflichtungen eingegangen. Auch die am stärksten gefährdeten Inselstaaten haben sich ambitionierte Ziele gesetzt, um einen Beitrag zu leisten. Den wichtigsten multilateralen Rahmen hierfür bietet das UNFCCC, dem alle Staaten des Indo-Pazifiks angehören und das die Umsetzung, Beförderung und Kontrolle des 1,5-Grad-Ziels verankert. In seinem Rahmen soll die Zusammenarbeit mit den indo-pazifischen Staaten, sowohl mit den von den Auswirkungen der Klimakrise stark betroffenen Staaten in der Region, wie auch mit den regionalen Hauptverursachern verstärkt werden. Hier bietet der von den G7 angestoßene und für alle Staaten offene Klimaklub einen idealen Rahmen und kann einen zentralen Beitrag für eine stärker global ausgerichtete, kooperative Klimapolitik leisten. Dabei ist die Erreichung einer globalen CO₂-Bepreisung als ein effizientes Instrument zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur gleichzeitigen Innovationsförderung von großer Bedeutung.

Gerade die letzten beiden Präsidentschaften der G20 durch Indonesien und Indien haben die Schlüsselrolle des Indo-Pazifiks für die Bewältigung der Klimakrise unterstrichen. Der Deutsche Bundestag begrüßt, das in der Abschlusserklärung von Neu-Delhi beschlossene Ziel der Verdreifachung des Ausbaus Erneuerbarer Energien bis 2030 zu verfolgen. Mit dem Ausbau von Partnerschaften wie zum Beispiel die bilateralen Klima- und Entwicklungspartnerschaften sowie den von den G7 initiierten *Just Energy*

Transition Partnerships (JETPs) arbeiten die Staaten auf ihrem Weg zu mehr Klimaschutz, Klimaresilienz und einer sozial gerechten Energiewende zusammen. Die globale NDC-Partnerschaft (*Nationally Determined Contributions*) ist eine weitere Initiative, die Staaten im Indo-Pazifik bei der Umsetzung ihrer Klimaziele unterstützt. Eine breite Unterstützung bei Klimaanpassungsmaßnahmen ist vor allem für die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffenen Staaten angezeigt. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass mit der auf der COP 27 getroffenen Vereinbarung für einen „*Loss and Damages*“-Fonds weitere Voraussetzungen für einen wirksamen und fairen Ausgleich getroffen wurden. Zahlreiche Regierungen, Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure der Region ergreifen zunehmend Maßnahmen, um die Risiken des Klimawandels einzudämmen. Es bleibt essenziell, den indo-pazifischen Staaten individuell bei der Emissionsreduzierung, beim Ausbau Erneuerbarer Energien, der Anpassung an den Klimawandel und beim Umgang mit klimawandelbedingten Verlusten und Schäden zur Seite zu stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung unter Einhaltung der haushälterischen Vorgaben auf:

1. die bestehenden politischen, wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Partnerschaften mit den Gesellschaften des Indo-Pazifiks und den ASEAN als zentralem multilateralem Akteur in der Region auszubauen, unter anderem anhand der Ziele der Agenda 2030 der VN und der menschenrechtsbasierten Entwicklung zu stärken und zu vertiefen sowie Demokratie und Wohlstand sicherzustellen;
2. mit Nachdruck die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung im Indo-Pazifik zu fördern sowie eine starke Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit Partnern und Organisationen in der Region anzustreben, um Frieden und Stabilität in der Region zu erhalten;
3. den deutschen und europäischen Einfluss auf alle beteiligten Akteure zu nutzen, um Dialogformate zu fördern und auf eine friedliche und regelbasierte Lösung von Konflikten im Indo-Pazifik hinzuwirken;
4. zur Unterstützung der regionalen Partner bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität im Indo-Pazifik ausgewählte Kooperationen im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative sowie des Ausstattungshilfeprogramms der Bundesregierung unter sorgfältiger Berücksichtigung sicherheits- und menschenrechtspolitischer Aspekte vor Ort weiter voranzutreiben sowie politische Initiativen zu stärken, und auch weiterhin die Teilnahme an und die Beobachtung von multinationalen militärischen Übungen zu gewährleisten;
5. militärische Transparenzmaßnahmen und Rüstungskontrolle sowohl mit Partnern im Indo-Pazifik als auch mit der VR China kontinuierlich anzusprechen und gegebenenfalls auszubauen, um eine Eskalation zu vermeiden;
6. weiterhin gegen einseitige Änderungen des Status Quo in der Straße von Taiwan einzutreten; Änderungen dürfen nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen;
7. zu Präventionszwecken national, im EU-Rahmen und mit den transatlantischen Partnern Vorbereitungen für die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen einer Eskalation zu treffen sowie die Strategische Vorausschau und entsprechende Strukturen und Ressourcen zu stärken, sowie die sachbezogene Mitarbeit Taiwans in internationalen Organisationen weiter zu unterstützen;
8. eine friedliche Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel zu fördern und Nordkorea zur vollständigen, unumkehrbaren und überprüfbaren Beendigung seiner Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen zu bewegen sowie die verschärfte Aufrüs-

- tung, weiter zunehmend aggressive Rhetorik und die Unterstützung Russlands in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg mit Rüstungskoooperation und Einsatz von nordkoreanischen Raketen gegen die Ukraine scharf zu verurteilen;
9. eine Vertiefung der bestehenden Rüstungskoooperation mit Indien zu prüfen;
 10. die Kooperation im Bereich der Weltraumforschung mit den Staaten des Indo-Pazifiks unter Wahrung strategischer Sicherheitsinteressen zum gegenseitigen Nutzen und entlang gemeinsamer Forschungsfragen zu vertiefen;
 11. angesichts der im Jahr 2022 vorgelegten Bericht der UN-Menschenrechtskommissarin festgestellten mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang, der anhaltenden Unterdrückung in Tibet und der Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der VR Chinas in Hongkong, dem brutalen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung durch die Militärmachthaber in Myanmar sowie anhaltender systematischer schwerster Menschenrechtsverletzungen durch das nordkoreanische Regime, der Einschränkung der Meinungsfreiheit in Vietnam und anderen Staaten der Region das Bewusstsein über die universellen Menschenrechte zu fördern, den Einsatz gegen die Todesstrafe verstärken, die demokratischen Bewegungen in den Zivilgesellschaften der Region nachhaltig zu unterstützen und in diesem Zusammenhang regelmäßig Menschenrechtsfragen in bilateralen Treffen mit autoritären Regierungen der Region und in internationalen Gremien auf die Agenda zu setzen;
 12. Partner in der Region dabei zu unterstützen, der Gefährdung von Demokratien und Zivilgesellschaften durch systematische Desinformationskampagnen, Cyberangriffe, Zensur und Überwachung, Internetabschaltungen und Fragmentierung des Internets in der Region entschieden entgegenzutreten;
 13. weiter eng mit Partnern im indo-pazifischen Raum zusammenzuarbeiten, auch um durch Stärkung und Diversifizierung der Handels- und Technologiebeziehungen kritische Abhängigkeiten zu verringern;
 14. sich in allen Handelsbeziehungen für einen regelbasierten Freihandel und freie Investitionen einzusetzen und dabei sicherzustellen, dass die Handelsbeziehungen auf Gegenseitigkeit und Realismus beruhen und zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und der Globalen Nachhaltigkeitsziele der VN beitragen, sowie Hürden für Marktzugänge für europäische Unternehmen abzubauen und Investitionssicherheit zu gewährleisten – dabei gilt: In allen künftigen Handelsverträgen auf europäischer Ebene, auch in denen, die derzeit bereits verhandelt werden, sollen die internationalen Verträge und Abkommen sanktionsbewehrt verankert werden und sie sollen insgesamt effektiv durchgesetzt werden. Das gilt für die Handelsvorteile und -freiheiten ebenso wie für die vereinbarten Nachhaltigkeitsstandards;
 15. die EU-Kommission zu unterstützen, die Verhandlungen zu Handelsabkommen mit Indien und verschiedenen ASEAN-Staaten, unter anderem Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur, schnellstmöglich abzuschließen;
 16. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Taiwan im Rahmen der Ein-China-Politik Deutschlands und der EU zu intensivieren, rechtssicher zu gestalten sowie die Zusammenarbeit mit Taiwan in allen Industriesektoren und Liefer- und Wertschöpfungsketten und im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern;
 17. sich für eine Weiterführung der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Australien einzusetzen;
 18. sich für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Handels- und Investitionsschutzabkommen mit Malaysia mit einem Fokus auf die Stärkung des Rechts „right to regulate“ sowie dem Schutz vor direkter Enteignung und Inländergleichbehandlung einzusetzen;
 19. die Verhandlungen zu einem Handelsabkommen mit Indonesien weiter voranzutreiben;
 20. darauf hinzuwirken, die am 18. März 2024 wieder aufgenommenen Verhandlungen über ein EU-Handelsabkommen mit den Philippinen zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen;

21. sich in Bezug auf die bestehenden Handelsbeziehungen mit der VR China für einen regelbasierten Freihandel und faire Handelspraktiken einzusetzen und somit sicherzustellen, dass die Handelsbeziehungen auf Gegenseitigkeit beruhen und gegen zunehmende Verzerrungen und Hindernisse, mit denen deutsche Unternehmen und der europäische Wirtschaftsstandort konfrontiert sind im Bewusstsein des Diversifizierungsansatzes und im Sinne des *De-Riskings* weiter vorzugehen;
22. im Bereich der kritischen Infrastruktur Investitionen durch Unternehmen, die den umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen und dadurch eine Gefahr für die sicherheitspolitischen Belange Deutschlands darstellen können, zu unterbinden und zu diesem Zweck die Wirksamkeit des Investitionsprüfrechts sowohl für Investitionen im Binnenmarkt wie Auslandsinvestitionen kontinuierlich zu überprüfen;
23. eine rasche Umsetzung der EU-Konnektivitätsstrategie *Global Gateway* sowie der *Partnership for Global Infrastructure and Investment* (PGII) der G7 im Einklang mit den Leitlinien der Bundesregierung und der Strategie der EU für den indo-pazifischen Raum voranzutreiben, weiterhin unter transparenten Beteiligungsstrukturen der involvierten Institutionen und Zivilgesellschaft und mit bestehenden klaren Beschwerdemechanismen;
24. sich für die Einrichtung eines Handels- und Technologierats (TTC) der EU mit der Republik Korea einzusetzen;
25. die Möglichkeit europäischer rechtssicherer Angemessenheitsbeschlüsse für vertrauenswürdige und sichere grenzüberschreitende Datenflüsse unter Wahrung europäischer Datenschutzstandards und der EU-Grundrechte mit regionalen Wertepartnern zu prüfen;
26. den gegenseitigen Wissensaustausch zu zentralen Technologiefeldern, Regulierung sowie wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen digitaler Technologien unter Einbeziehung der Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, und technischen Gemeinschaft weiter voranzutreiben und ermöglichen und in diesem Sinne auch von Staaten des Indo-Pazifiks zu lernen;
27. gezielt Mechanismen wie die *Partners in the Blue Pacific-Initiative* (PBP) in ihren Zielen zu unterstützen und an künftigen Treffen teilzunehmen;
28. als Beitrag zur Umsetzung der *Sustainable Development Goals* (SDGs) der VN sowie des Pariser Klimaabkommens unter Einbeziehung der Kooperationsmechanismen aus Artikel 6 die Staaten des Indo-Pazifiks weiter bei der Umsetzung ehrgeiziger Klima-, Umwelt- und Energieziele zu unterstützen und den Abschluss von Klima-, Entwicklungs- und Energiepartnerschaften sowie Freihandels- und Handelsabkommen voranzutreiben sowie darauf zu drängen, die Finanzierung von Emissionsreduktionen, Klimaanpassungsmaßnahmen und von unwiederbringlichen Schäden und Verlusten durch die Weltgemeinschaft nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und unter Einbezug neuer Geber sicherzustellen;
29. die Staaten der Region für die auf der COP28 in Dubai vereinbarten Maßnahmen zu gewinnen;
30. die Staaten des Indo-Pazifiks, wie die Philippinen, Vietnam, Thailand und Indonesien, bei innovativen Lösungen und Investitionen in saubere Energietechnologien und insbesondere der Dekarbonisierung des Energiesektors zu unterstützen sowie weiterhin klimafreundliche und umweltbewusste Infrastrukturinvestitionen zu fördern und die JETPs mit Indonesien und Vietnam weiter zu unterstützen;
31. sich dafür einzusetzen, die Verpflichtung Europas, der USA und der VR China durch multilaterale Mechanismen für die Beseitigung von durch Auswirkungen der Klimakrise bedingten Schäden und Verlusten gerade bei den kleinen Inselstaaten des Pazifiks mit hinreichend Geld zu unterlegen;
32. den Klimacub auch für die Staaten des Indo-Pazifiks attraktiv auszugestalten, um so zunehmend Kooperationspartner für ein globales Emissionshandelssystem, das mittelfristig zu einem einheitlichen CO₂-Preis führt, zu finden;

33. den Aufbau von lokalen CO₂-Märkten, wie bereits etwa in der VR China begonnen, in der Region zu unterstützen, um frühzeitig die Effizienzpotenziale nationaler Klimaschutzmaßnahmen zu steigern und den Ländern zudem die Einbindung in einen multinationalen CO₂-Markt sowie den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern;
34. Negativemissionstechnologien sowie naturbasierte CO₂-Senken, beispielsweise durch den Erhalt und die Aufforstung von Tropen- sowie Mangrovenwäldern, als Beitrag zu einer beschleunigten Klimaneutralität, zu unterstützen;
35. sich in Kooperation mit den Staaten des Indo-Pazifiks durch verstärkte Forschungszusammenarbeit für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Ozeane der Region einzusetzen und nachhaltige maritime Aktivitäten im Sinne eines bewussten Biodiversitäts- und Klimaschutzes voranzutreiben;
36. sich gegenüber der VR China nachdrücklich für eine Aufhebung der Sanktionen gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees und des China-Forschungsinstitut MERICS einzusetzen;
37. Abkommen zu Wissenschaftskooperation auszubauen und Hürden für Mobilität und Kooperation mit den Partnern im indo-pazifischen Raum abzubauen sowie die Stärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Innovation im Rahmen der Internationalisierungsstrategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Technologie und von "Horizont Europa" zu intensivieren, dabei die Möglichkeit des Einbezugs indo-pazifischer Partner wie Japan, Singapur und auch Taiwan in dieses Programm zu prüfen;
38. akademische Austauschprogramme mit Partnern der Indo-Pazifik-Region auszubauen und dabei gemeinsam mit den Partnern eine vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse anzustreben sowie die Visavergabe für Bürgerinnen und Bürger aus Staaten der Region zu digitalisieren und zu beschleunigen;
39. die Einrichtungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der Region als Vermittlerinnen zwischen Deutschland und den Gesellschaften des Indo-Pazifiks weiter zu stärken;
40. die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und die Ausbildung von Fachkräften in Kooperation mit den Gesellschaften des Indo-Pazifiks zu stärken und die Bemühungen um eine schnellere und zunehmend digitalisierte Visavergabe in den deutschen Auslandsvertretungen zu verstärken.

Berlin, den 2. Juli 2024

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Christian Dürr und Fraktion